

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXXV

## 1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

§ 1. Die europäische Idee bis zur Gründung der EGKS 1952 . . . . .	1
§ 2. Die europäische Wirtschaftsintegration 1952–1992 . . . . .	6
§ 3. Die Herausbildung der Politischen Union: 1992 bis heute . . . . .	11

## 2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

§ 4. Theoretische Grundlagen der Integration . . . . .	19
§ 5. Organe der Europäischen Union . . . . .	29
§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union . . . . .	73
§ 7. Personal . . . . .	82
§ 8. Finanzordnung . . . . .	88

## 3. Teil. Integration durch Recht

§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts . . . . .	105
§ 10. Rang des Unionsrechts . . . . .	150
§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen . . . . .	166
§ 12. Durchführung und Vollzug des Unionsrechts . . . . .	193
§ 13. Rechtsschutz . . . . .	210
§ 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten . . . . .	238

## 4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU . . . . .	247
§ 16. Unionsbürgerschaft . . . . .	263
§ 17. Europäische Grundrechte . . . . .	276

## 5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union

§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik . . . . .	312
§ 19. Währungsunion . . . . .	333
§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen . . . . .	343
§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge . . . . .	367

## 6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr . . . . .	398
§ 23. Energie . . . . .	417
§ 24. Landwirtschaft und Fischerei . . . . .	425
§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr . . . . .	437
§ 26. Verkehr . . . . .	449

VII

**7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales**

§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer . . . . . 464  
§ 28. Niederlassungsfreiheit . . . . . 483  
§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik . . . . . 498

**8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr**

§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr . . . . . 508  
§ 31. Finanzmärkte . . . . . 516

**9. Teil. Rechtsharmonisierung und Koordination**

§ 32. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung . . . . . 524  
§ 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz:  
Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts . . . . . 540  
§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk:  
Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts . . . . . 572  
§ 35. Steuern . . . . . 587  
§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions-  
und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts . . . . . 605  
§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts . . . . . 624

**10. Teil. Außendimension der Europäischen Union**

§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen 631  
§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik . . . . . 644  
§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik . . . . . 660  
§ 41. Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik . . . . . 680  
§ 42. Beitritt – Austritt . . . . . 687

Sachverzeichnis . . . . . 701

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXXV
-----------------------------	------

## 1. Teil. Geschichtliche Entwicklung

<b>§ 1. Die europäische Idee bis zur Gründung der EGKS 1952 (Classen)</b>	1
I. Der europäische Gedanke bis 1919 .....	1
II. Vorüberlegungen zur Europäischen Integration 1919–1945 .....	3
III. Die Entwicklung der Europäischen Idee nach 1945 .....	4
1. Züricher Rede Churchills 1946 und Europäische Bewegung .....	4
2. Erste Organisationsgründungen .....	4
<b>§ 2. Die europäische Wirtschaftsintegration 1952–1992 (Classen)</b>	6
I. Entstehung der Europäischen Gemeinschaften: 1950–1958 .....	6
II. Wandel der „EG-Philosophie“ vom Föderalismus zum Pragmatismus: 1958–1969 .....	7
1. Erfolge bei der Wirtschaftsintegration .....	7
2. Probleme auf der politischen Ebene .....	7
III. In kleinen Schritten in Richtung Europäischer Union: 1970–1985 ....	8
IV. Binnenmarktprozess und andere Entwicklungen: 1985–1992 .....	10
<b>§ 3. Die Herausbildung der Politischen Union: 1992 bis heute (Classen)</b>	11
I. Gründung der Europäischen Union (Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001) und Osterweiterungen .....	11
II. EU-Reform 2001–2009 („Post-Nizza-Prozess“) .....	12
III. Die Union vor neuen schwierigen Herausforderungen .....	13
1. Die Schuldenkrise: 2009 bis heute .....	13
2. Die Flüchtlinge: 2015 bis heute .....	15
3. Der Brexit: 2016 bis heute .....	16
4. Akzeptanz- und Systemprobleme .....	16
IV. Ausblick: Die Union vor schweren Herausforderungen .....	17

## 2. Teil. Die Europäische Union – Grundlagen

<b>§ 4. Theoretische Grundlagen der Integration (Classen/Nettesheim)</b>	19
I. Überblick .....	19
II. Das Ziel der Integration: In welche Richtung soll die Integration gehen?	20
1. Langfristige Perspektiven: Zwischen Kooperationsverbund und Europäischer Föderation .....	20
2. Perspektiven mittlerer Reichweite: „Besseres Regieren“ .....	21
III. Der Verlauf der Integration: Wie erklärt sich der Prozess? .....	23
1. Funktionalismus, Realismus, Neoliberalismus .....	23
2. Konstruktivistische Perspektiven .....	23
a) Die Maßgeblichkeit geschichtlicher, kultureller, normativer und sozialer Rahmengengebenheiten .....	23

b) Unterschiedliche Rechtskulturen .....	24
c) Institutionelle Veränderungen .....	24
d) Entwicklung genuin europäischer Ideen, Normen und Konventionen .....	25
3. Pfadabhängigkeiten und „lock-ins“ .....	25
IV. Der Stand des Erreichten: Was ist die Europäische Union? .....	25
1. Die Art des Verbunds .....	25
2. Die Qualität des Verbunds .....	26
a) Rechtsgemeinschaft .....	26
b) Wertegemeinschaft .....	27
c) Die Sicherung von Frieden und Wohlstand .....	28
V. Ausblick .....	28
<b>§ 5. Organe der Europäischen Union (Nettesheim) .....</b>	<b>29</b>
I. Überblick .....	30
1. Die Organe der EU .....	30
2. Weitere Einrichtungen .....	31
3. Standorte der Institutionen .....	32
4. Sprachenregime der Europäischen Union .....	32
a) Sprachliche Geltung der Verträge (Vertragssprachen) .....	32
b) Regelung der Amtssprachen und Arbeitssprachen .....	33
II. Gewaltenteilung und Funktionenverschränkung .....	34
1. Funktionen und Institutionen .....	34
2. Institutionelles Gleichgewicht .....	36
III. Die Organe der Union .....	36
1. Das Europäische Parlament (EP) .....	36
a) Die Institution des Europäischen Parlaments .....	38
b) Beschlussverfahren des Europäischen Parlaments .....	42
c) Aufgaben des Europäischen Parlaments .....	42
d) Politische Parteien auf europäischer Ebene .....	45
2. Der Europäische Rat .....	46
a) Die Institution des Europäischen Rats .....	47
b) Beschlussverfahren des Europäischen Rats .....	47
c) Aufgaben des Europäischen Rates .....	48
3. Der Rat .....	49
a) Die Institution des Rats .....	49
b) Beschlussverfahren im Rat .....	52
c) Aufgaben und Funktionen des Rates .....	54
d) Die im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten .....	56
4. Die Kommission .....	56
a) Die Institution der Kommission .....	57
b) Beschlussverfahren der Kommission .....	62
c) Aufgaben und Funktionen der Kommission .....	63
5. Europäische Gerichtsbarkeit (EuGH und EuG) .....	66
a) Träger der rechtsprechenden Gewalt .....	67
b) Aufgaben der europäischen Gerichtsbarkeit .....	70
6. Der Rechnungshof (RH) .....	70
a) Die Institution des Rechnungshofs .....	71

b) Aufgaben und Befugnisse .....	71
IV. Ausblick .....	72
<b>§ 6. Weitere Institutionen der Europäischen Union (Nettesheim) ....</b>	<b>73</b>
I. Beratende Institutionen mit Verfassungsrang .....	74
1. Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA) .....	74
a) Die Institution des WSA .....	74
b) Aufgaben und Befugnisse .....	75
2. Ausschuss der Regionen (AdR) .....	76
a) Die Institution des AdR .....	77
b) Aufgaben und Befugnisse .....	77
II. Sonstige Einrichtungen .....	78
1. Organisationsgewalt der Europäischen Union .....	78
2. Das Spektrum weiterer EU-Einrichtungen .....	79
a) Dezentrale Unionsagenturen .....	80
b) Agenturen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ...	80
c) Exekutivagenturen und weitere Typen .....	81
III. Ausblick .....	81
<b>§ 7. Personal (Classen) .....</b>	<b>82</b>
I. Notwendigkeit eines Europäischen Öffentlichen Dienstes .....	82
II. Grundlagen des europäischen Dienstrechts .....	82
1. Zur Grundstruktur des Europäischen Öffentlichen Dienstes .....	82
2. Rechtsgrundlagen .....	83
3. Laufbahnprinzip und Beförderungssystem .....	83
4. Auswahlverfahren .....	83
III. Status der Europabeamten .....	84
1. Begründung des Beamtenverhältnisses .....	85
2. Loyalitätspflichten und Disziplinarrecht .....	85
3. Statusrechte .....	85
4. Rechtsschutz .....	86
5. Beendigung des Beamtenverhältnisses .....	86
IV. Sonstige Europabedienstete .....	87
V. Kollektives Dienstrecht .....	87
1. Personalvertretung .....	87
2. Koalitionsrecht .....	87
a) Dialog Berufsverbände – Unionsorgane .....	87
b) Zum Streikrecht .....	88
VI. Ausblick: Europäische und internationale Bedienstete .....	88
<b>§ 8. Finanzordnung (Nettesheim) .....</b>	<b>88</b>
I. Wesen und Dimension der EU-Finanzordnung .....	89
II. Haushalt der Europäischen Union .....	91
1. Entwicklung des Haushaltswesens der EU .....	91
2. Grundlinien des EU-Haushaltsrechts .....	92
a) Rechtsgrundlagen .....	92
b) Haushaltsgrundsätze .....	93
3. Haushaltseinnahmen der Europäischen Union .....	94
a) Die Eigenmittel .....	94

b) Sonstige Haushaltseinnahmen	96
4. Haushaltsausgaben der Europäischen Union	96
a) Kompetenzielle Begrenzung der Ausgaben	96
b) Mehrjähriger Finanzrahmen	97
c) Die Ausgabenstruktur	97
5. Haushaltsverfahren, Haushaltsvollzug und Haushaltsabschluss	98
a) Entwurf des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 1 AEUV)	99
b) Feststellung des Haushaltsplanes (Art. 314 Abs. 5 AEUV, Art. 40 HaushO)	99
c) Haushaltsvollzug (Art. 317 AEUV, Art. 53 ff. HaushO)	99
d) Rechnungslegung und Rechnungsprüfung (Art. 318 AEUV)	99
e) Entlastung der Kommission (Art. 319 AEUV, Art. 164 ff. HaushO)	100
6. Schutz der finanziellen Interessen der EU (Betrugsbekämpfung)	100
III. Unionsfinanzierung außerhalb des Haushalts, insbesondere Anleihen und Darlehen	101
1. Europäischer Entwicklungsfonds (EEF)	101
2. Anleihen und Darlehen der EU	101
a) Zur Verschuldungsfähigkeit der EU	101
b) Finanzierungsinstrumente der EU	102
IV. Ausblick	103

### 3. Teil. Integration durch Recht

<b>§ 9. Rechtsquellen des Europäischen Unionsrechts</b> ( <i>Nettesheim</i> )	105
I. Die autonome und einheitliche Rechtsordnung des EU-Rechts	105
1. Der Rechtskorpus des „Unionsrechts“	105
2. Kennzeichen der Unionsrechtsordnung	106
a) Der Anspruch auf „Autonomie“	106
b) Vergemeinschaftung des Rechtserzeugungsprozesses	108
c) Supranationalität	109
d) Insbesondere: Geltung, unmittelbare Anwendbarkeit und Wirkung des Unionsrechts	109
II. Primärrecht	111
1. Die Verträge	112
2. Ungeschriebenes primäres Unionsrecht	113
a) Gewohnheitsrecht	114
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	114
3. Vertragsänderungen und Vertragsergänzungen	119
a) Vertragsänderung	120
b) Sonstige Vertragsergänzungen und -anpassungen	121
III. Sekundäres Unionsrecht	122
1. Das Primärrecht als Grundlage und Grenze von sekundärem Unionsrecht	122
2. Außensteuerung im Bereich des AEUV und des EAGV	123
a) Rechtsinstrumente – Überblick	123
b) Verordnung	124
c) Richtlinie	126

d) Beschluss	133
e) Empfehlung und Stellungnahme	135
f) Weiche Steuerungsformen	136
3. Außensteuerung im Bereich der GASP	139
4. Rechtsinstrumente zur Selbstorganisation des Integrationsverbands	139
a) Überblick	139
b) Beschlüsse	140
c) Entschlüsse	140
d) Beschlüsse der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten	141
e) Interinstitutionelle Vereinbarungen	141
f) Sonstige Akte ohne Rechtsverbindlichkeit	142
IV. Völkerrecht im Unionsrecht	142
1. Völkergewohnheitsrecht und allgemeine Rechtsgrundsätze des Völkerrechts	143
2. Völkerrechtliche Verträge	144
a) EU-Abkommen	144
b) Abkommen der Mitgliedstaaten	144
V. Auslegung des Unionsrechts	145
1. Unionsrechtliche Auslegungsmethoden zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht	145
2. Wortlautargumente	146
3. Der systematische Kontext	147
4. Historische Auslegung	148
5. Teleologische Argumente	148
6. Vertretbare, überzeugende und zwingende Entscheidungen	149
VI. Ausblick	150
<b>§ 10. Rang des Unionsrechts (Nettesheim)</b>	150
I. Normenkollisionen zwischen EU-Recht und nationalem Recht	151
1. Der Vorranganspruch des Unionsrechts	152
a) Verfassungsähnliche Gründung einer autonomen Unionsrechtsordnung	152
b) Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs	153
c) Die europarechtliche Theorie in den Mitgliedstaaten	154
2. Die Akzeptanz des Vorrangs des Unionsrechts in der Rechtsprechung der Mitgliedstaaten	154
a) Deutschland	155
b) Andere Mitgliedstaaten	159
3. Konsequenzen des Vorrangs: Unanwendbarkeit des nationalen Rechts („Anwendungsvorrang“)	161
II. Normenhierarchie innerhalb des Unionsrechts	162
1. Rang und Vorrang des Primärrechts	163
2. Rangstufen innerhalb des Sekundärrechts	164
III. Ausblick	165
<b>§ 11. Rechtshandeln der EU-Institutionen (Nettesheim)</b>	166
I. Kompetenzen	166
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	167

2.	Formen der Kompetenzbegründung	168
a)	Art. 352 AEUV	169
b)	Implied-Powers-Lehre	170
3.	Arten der Kompetenzen	170
4.	Der Sonderfall der verstärkten Zusammenarbeit	172
5.	Kompetenzausübungsregeln	173
a)	Subsidiaritätsprinzip	173
b)	Verhältnismäßigkeitsprinzip	176
II.	Delegation von Befugnissen	176
1.	Delegierte Rechtsetzung (Art. 290 AEUV)	177
2.	Durchführungsrechtsetzung (Art. 291 AEUV)	177
3.	Sonstige Delegation	178
III.	Das Verfahren der Rechtsetzung	179
1.	Die Wandlungen des Verfahrensrechts	179
2.	Die Verfahrensarten: Überblick und Abgrenzungen	180
3.	Ausgewählte Typen des Rechtssetzungsverfahrens	181
a)	Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 294 AEUV)	181
b)	Das besondere Gesetzgebungsverfahren	186
c)	Sonstige Rechtssetzungsverfahren	187
IV.	Die Form der Rechtsetzung	188
1.	Die Bezeichnung der Rechtsakte	188
2.	Begründungspflicht	188
3.	Veröffentlichung, Bekanntgabe und Inkrafttreten	189
a)	Veröffentlichung und Bekanntgabe	189
b)	Inkrafttreten	190
V.	Bestandskraft, Änderung und Außerkrafttreten von Unionsrecht	191
1.	Gültigkeit	191
2.	Berichtigung von Rechtsakten	191
3.	Änderung von Rechtsakten	192
VI.	Ausblick	192
<b>§ 12.</b>	<b>Durchführung und Vollzug des Unionsrechts</b> ( <i>Nettesheim</i> )	193
I.	Rahmenbedingungen des Vollzugs von Unionsrecht	193
1.	Allgemeines	193
2.	Die Entstehung eines europäischen Verwaltungsrechts	194
II.	Direkte und indirekte Durchführung des Unionsrechts	196
1.	Vollzug durch EU-Behörden (EU-Eigenverwaltung)	197
a)	Organisationsgewalt	197
b)	Vorgaben für Verwaltungsorganisation und -verfahren	198
c)	Zugang zu Dokumenten	199
2.	Durchführung durch mitgliedstaatliche Behörden	201
a)	Prinzip der Durchführungszuständigkeit der Mitgliedstaaten?	201
b)	Vorgaben für die mitgliedstaatliche Durchführung des Unionsrechts	204
c)	Vollzugsdefizite	205
III.	Vollstreckung des Unionsrechts	207
IV.	Sanktionen gegenüber Privatpersonen	208
V.	Ausblick	209

<b>§ 13. Rechtsschutz (Classen)</b> .....	210
I. Grundlagen der Rechtsschutzgewährung .....	210
1. Zur Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes durch nationale Gerichte .....	211
2. Zum Zuständigkeitskatalog der europäischen Gerichtsbarkeit .....	213
a) Die Zuständigkeiten der europäischen Gerichtsbarkeit .....	213
b) Zu den Funktionen der europäischen Gerichtsbarkeit .....	213
3. Verhältnis europäischer und nationaler (deutscher) Gerichtszuständigkeit .....	214
II. Allgemeine Prinzipien der Rechtsschutzgewährung durch die europäische Gerichtsbarkeit .....	216
1. Rechtsgrundlagen .....	216
2. Verteilung der Zuständigkeiten innerhalb der europäischen Gerichtsbarkeit .....	216
3. Zu Umfang und Intensität der gerichtlichen Prüfung .....	217
4. Prozessverfahren .....	217
a) Schriftliches Verfahren .....	218
b) Mündliches Verfahren .....	218
c) Verfahrensdauer .....	218
5. Urteile und ihre Wirkungen .....	218
6. Rechtsmittel .....	219
III. Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten (Art. 258 f. AEUV) .	220
1. Wesen des Verfahrens .....	220
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	221
a) Beteiligte und Streitgegenstand .....	221
b) Verfahrensrechtliche Voraussetzungen .....	221
3. Urteil .....	222
IV. Nichtigkeitsklage und Untätigkeitsklage (Art. 263, 265 AEUV) .....	223
1. Wesen der Verfahren .....	223
2. Nichtigkeitsklage (Art. 263 AEUV) .....	224
a) Klagevoraussetzungen .....	224
b) Begründetheitsprüfung und Urteil .....	226
3. Untätigkeitsklage (Art. 265 AEUV) .....	227
4. Besonderheiten der Nichtigkeits- und der Untätigkeitsklage natürlicher und juristischer Personen (Art. 263 Abs. 4 und 5, 265 Abs. 3 AEUV) .....	227
a) Klageberechtigter Personenkreis .....	228
b) Anfechtbare Rechtsakte/angreifbare Untätigkeit .....	228
V. Amtshaftungsklage (Art. 268 AEUV) .....	231
VI. Vorabentscheidungsverfahren (Art. 267 AEUV) .....	231
1. Funktion des Vorabentscheidungsverfahrens .....	231
a) Verzahnung nationaler und europäischer Gerichtsbarkeit .....	231
b) Autoritative Auslegung und Gültigkeitskontrolle .....	232
2. Voraussetzungen einer Vorlage .....	232
a) Vorlageberechtigte Stelle: „Gericht“ .....	232
b) Zulässige Frage: Auslegung von Unionsrecht, Gültigkeit von Sekundärrecht .....	233
c) „Entscheidungserheblichkeit“ der europäischen Norm .....	233

3. Vorlagepflichten	234
a) Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte	234
b) Ausnahmen von dieser Vorlagepflicht	234
c) Vorlagepflicht aller Gerichte bei Gültigkeitsfragen	234
d) Vorlagepflicht aller Gerichte von Verfassungen wegen	235
e) Rechtsfolgen der Missachtung der Vorlagepflicht	235
4. Verfahren und Folgen der Vorabentscheidung	235
a) Verfahrensrechtliche Aspekte	235
b) Urteil	236
5. Durchsetzung der Vorlagepflicht durch BVerfG und EGMR	236
VII. Gewährleistung einstweiligen Rechtsschutzes	237
VIII. Ausblick	237

#### § 14. Haftung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten

( <i>Classen</i> )	238
I. Haftung der EU im Inneren	238
1. Vertragliche Haftung der EU	238
2. Außervertragliche Haftung der EU (Art. 340 Abs. 2 AEUV)	239
a) Haftbare Stellen und Haftung auslösendes Handeln	239
b) Verletzung Rechte Einzelner	240
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	240
d) Schaden	241
e) Kausalzusammenhang von Schaden und Rechtsverstoß	241
f) Persönliche Haftung der EU-Bediensteten	241
II. Haftung der Mitgliedstaaten bei Verletzungen des Unionsrechts	242
1. Grundsatzfragen	242
2. Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen	243
a) Haftbare Stellen	243
b) Verletzung Rechte Einzelner	244
c) Qualifikation des Rechtsverstoßes	245
d) Schaden	245
3. Ergänzende Haftung bei Vertrauensschutz?	246
III. Ausblick	246

#### 4. Teil. Die Europäische Union und ihre Bürger

§ 15. Rechtsstaatliche Demokratie in der EU ( <i>Nettesheim</i> )	247
I. Legitimität der EU in Zeiten der Krise	247
II. Demokratische Legitimität der EU	249
1. Die Legitimationskonstruktion der frühen Jahre:	
Einstimmigkeitserfordernis und Output-Orientierung	249
2. Die Suche nach angemessenen Legitimationsmustern	249
3. Die Architektur unionaler Demokratie	253
a) Gemeinwohldienliches Regieren („Output“) als Ausdruck von „Input“, Verfahren und Kontrolle	254
b) Gemeinwohrealisierung durch repräsentative Amtsführung	257
c) Vor-institutionelle Voraussetzungen europäischer Demokratie	259

III. Rechtsstaats- und Demokratiesicherung im Verbund .....	260
IV. Perspektiven der Legitimationsuche .....	262
<b>§ 16. Unionsbürgerschaft (Nettesheim) .....</b>	<b>263</b>
I. Die Herausbildung eines Bürgerstatus .....	264
II. Die Einwirkung der Unionsbürgerschaft auf das mitgliedstaatliche Staatsangehörigkeitsrecht .....	265
III. Inhaltliche Dimensionen des „Grundstatus“ der Unionsbürgerschaft ...	266
IV. Freizügigkeit: Schutz der positiven und der negativen Freiheit .....	268
1. Persönlicher Anwendungsbereich .....	268
2. Sachlicher Anwendungsbereich .....	268
a) Schutz der Freiheit zur grenzüberschreitenden Mobilität .....	268
b) Schutz des Rechts zum Bleiben .....	269
3. Beeinträchtigung .....	270
4. Schranken .....	270
V. Das Recht auf Gleichbehandlung (Art. 21 iVm Art. 18 AEUV) .....	271
VI. Die politische Dimension der Unionsbürgerschaft .....	273
1. Wahlrecht bei Kommunalwahlen und zum Europäischen Parlament .	273
2. Diplomatischer und konsularischer Schutz .....	274
3. Petitions- und sprachliche Rechte .....	274
VII. Ausblick .....	275
<b>§ 17. Europäische Grundrechte (Classen/Nettesheim) .....</b>	<b>276</b>
I. Die Herausbildung der EU-Grundrechte .....	276
II. Grundlagen der EU-Grundrechtecharta .....	277
1. Allgemeines .....	277
2. Berechtigte und Verpflichtete .....	279
a) Adressaten .....	279
b) Berechtigte .....	281
3. Inhalt der Grundrechte .....	281
a) Grundrechte als Abwehrrechte: Schutzbereich – Eingriff – Schranken .....	281
b) Grundrechtliche Leistungs- und Schutzpflichten .....	284
III. Die anderen Grundlagen des EU-Grundrechtsschutzes .....	284
1. Die EMRK .....	284
a) Grundlagen der EMRK .....	285
b) Dogmatik der EMRK .....	285
c) Die Bedeutung der EMRK für den Grundrechtsschutz der EU ..	287
2. Das Verhältnis der in Art. 6 EUV genannten Rechtsquellen zueinander .....	288
IV. Einzelne Grundrechte .....	290
1. Fundamentalgarantien .....	290
a) Die Menschenwürde (Art. 1 GRC) .....	290
b) Recht auf Leben (Art. 2 Abs. 1 GRC, Art. 2 EMRK) – Verbot der Todesstrafe (Art. 2 Abs. 2 GRC, Art. 1, 6. ZP und 13. ZP) .....	290
c) Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung (Art. 4 GRC, Art. 3 EMRK) .....	291

d) Verbot der Sklaverei und Zwangsarbeit (Art. 5 GRC, Art. 4 EMRK) . . . . .	291
2. Freiheitsrechte . . . . .	291
a) Recht auf Achtung der Privatsphäre (Art. 7 und 8 GRC, Art. 8 EMRK, Art. 16 AEUV) . . . . .	292
b) Schutz des Familienlebens und der Eheschließung (Art. 7 und 9 GRC, Art. 8 und 12 EMRK) . . . . .	292
c) Schutz der Wohnung und Freiheit des Briefverkehrs (Art. 7 GRC, Art. 8 EMRK) . . . . .	293
d) Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Art. 10 GRC, Art. 9 EMRK) . . . . .	293
e) Meinungs- und Medienfreiheit (Art. 11 GRC, Art. 10 EMRK) . . . . .	294
f) Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Art. 12 GRC, Art. 11 EMRK) . . . . .	295
g) Berufs- und Unternehmensfreiheit (Art. 15, 16 GRC) . . . . .	296
h) Schutz des Eigentums (Art. 17 GRC, Art. 1 des 1. ZP) . . . . .	296
i) Freizügigkeit, Asyl und Ausweisungsschutz (Art. 18f., 45 GRC, Art. 2–4, 4. ZP; Art. 1 des 7. ZP) . . . . .	297
3. Ansprüche auf Gleichbehandlung . . . . .	298
a) Allgemeiner Gleichheitssatz . . . . .	298
b) Besondere Gleichheitssätze und Gleichstellungspolitik der EU . . . . .	299
4. Soziale Rechte . . . . .	302
5. Justizgarantien . . . . .	303
a) Recht auf ein faires Verfahren (Art. 47 GRC, Art. 6, 13 EMRK, Art. 2–4 des 7. ZP) . . . . .	303
b) Speziell strafrechtsbezogene Garantien . . . . .	305
c) Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 6 GRC, Art. 5 EMRK) . . . . .	306
V. Die äußere Überwachung: EGMR und nationale Verfassungsgerichte . . . . .	307
1. Schutz durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) . . . . .	307
a) Organisation des Gerichtshofes . . . . .	308
b) Zuständigkeiten und Verfahren . . . . .	308
c) Urteile des EGMR und ihre Folgen . . . . .	309
d) Die Kontrolle von Unionsrecht durch den EGMR . . . . .	309
2. Schutz durch die nationale Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	310
VI. Ausblick . . . . .	310

**5. Teil. Wirtschaftsordnung der Europäischen Union**

<b>§ 18. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>312</b>
I. Die Diskussion um die Wirtschaftsverfassung der EU . . . . .	312
II. Die Fragmentiertheit der Wirtschaftsordnung . . . . .	314
1. Die Verfassung des Binnenmarktes . . . . .	315
2. Gestaltende Politik der EU – zwischen Liberalität und Interventionismus . . . . .	315
III. Allgemeine Wirtschaftspolitik der EU . . . . .	317
1. Die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten . . . . .	318
2. Die Stärkung der fiskal- und haushaltspolitischen Disziplin . . . . .	319

a) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt .....	320
b) Der Ausbau des Stabilisierungsregimes .....	320
c) Auf dem Weg zu einer „Europäischen Wirtschaftsregierung“? .....	323
3. Die „Rettungsmechanismen“ .....	324
4. Wege aus der Krise .....	326
IV. Wirtschaftspolitik durch Kreditvergabe: Die Europäische Investitionsbank (EIB) .....	327
1. Gründung und Entwicklung der Europäischen Investitionsbank .....	327
2. Status der Europäischen Investitionsbank .....	328
3. Aufgaben der EIB .....	329
V. Sektorale Wirtschaftspolitiken der EU: Das Beispiel der Regional- und Strukturpolitik .....	329
1. Entwicklung .....	330
2. Ziele und Instrumente .....	331
VI. Ausblick .....	332
<b>§ 19. Währungsunion (Nettesheim) .....</b>	<b>333</b>
I. Chancen und Risiken einer Währungsunion .....	333
II. Der Weg in die Europäische Währungsunion 1999 .....	336
III. Die Europäische Währungsunion (EWU) .....	337
1. Europäische Zentralbank (EZB) .....	337
a) Die Institution der EZB .....	338
b) Die Unabhängigkeit der EZB .....	339
c) Kapital und Währungsreserven der EZB .....	340
2. Aufgaben und Ziele des Eurosystems .....	340
IV. Ausblick .....	342
<b>§ 20. Wettbewerbsrecht und Unternehmen (Classen) .....</b>	<b>343</b>
I. Grundlagen .....	343
1. Wettbewerb als Element des Binnenmarktes .....	343
2. Zur Entwicklung des europäischen Wettbewerbsrechts .....	345
3. Grundbegriffe des europäischen Wettbewerbsrechts .....	346
a) Adressaten des Wettbewerbsrechts .....	346
b) Relevanter Markt .....	347
c) Zwischenstaatsklausel .....	348
d) Bereichsspezifische Regeln .....	349
II. Das Kartellverbot und seine Ausnahmen (Art. 101 AEUV) .....	349
1. Grundstruktur .....	349
a) Kartellbegriff .....	349
b) Wettbewerbsbeschränkung .....	350
c) Spürbarkeitsklausel .....	350
d) Ausnahme nach Abs. 3 .....	351
e) Rechtsfolgen des Kartellverbots .....	352
2. Einzelheiten zu horizontalen und vertikalen Vereinbarungen .....	352
a) Horizontale Vereinbarungen .....	352
b) Vertikale Vereinbarungen .....	353
III. Der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV) .....	353
1. Marktbeherrschende Stellung .....	354

2. Missbräuchliche Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung . . .	354
3. Folgen eines Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung . . . . .	355
IV. Die Fusionskontrolle (FusK) . . . . .	356
1. Entstehung und Entwicklung der europäischen Fusionskontrolle . . .	356
2. Gegenstand der Fusionskontrolle: Zusammenschlüsse von unionsweiter Bedeutung (Art. 1, 3 FusK-VO) . . . . .	357
3. Voraussetzungen des Verbots eines Zusammenschlusses (Art. 2 FusK-VO) . . . . .	357
4. Fusionskontrollverfahren (Art. 4ff. FusK-VO iVm VO 802/2004) und Rechtsschutz . . . . .	358
V. Nationales, europäisches und internationales Wettbewerbsrecht . . . . .	359
1. Extraterritoriale Wirkungen europäischen Wettbewerbsrechts . . . . .	359
2. Europäisches und nationales Wettbewerbsrecht . . . . .	360
VI. Die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts . . . . .	361
1. Administrative Durchführung des Wettbewerbsrechts . . . . .	361
a) Verwaltungsbefugnisse der Kommission . . . . .	361
b) Sanktionsbefugnisse der Kommission . . . . .	362
c) Aufgaben und Befugnisse der nationalen Behörden . . . . .	363
2. Rechtsschutz im Wettbewerbsrecht . . . . .	364
a) Rechtsschutz vor den europäischen Gerichten . . . . .	364
b) Rechtsschutz gegen nationale Verwaltungsentscheidungen . . . . .	365
c) Private Rechtsdurchsetzung vor nationalen Gerichten . . . . .	365
VII. Ausblick: Erfolge und Zukunft der europäischen Wettbewerbspolitik . . . . .	366

<b>§ 21. Wettbewerbsrecht und der Staat: Beihilfen, Daseinsvorsorge und öffentliche Aufträge (Classen) . . . . .</b>	<b>367</b>
I. Grundlagen: Das wirtschaftliche Engagement des Staates im Binnenmarkt . . . . .	367
II. Das Verbot nationaler Beihilfen und seine Ausnahmen . . . . .	367
1. Grundlagen: Subventionen im europäischen Binnenmarkt . . . . .	367
2. Die Unvereinbarkeitsklausel des Art. 107 Abs. 1 AEUV . . . . .	369
a) Gewähren eines wirtschaftlichen Vorteils („Begünstigung“) . . . . .	369
b) Gewährung staatlicherseits . . . . .	370
c) Begünstigte: Unternehmen . . . . .	371
d) Selektivität der Zuwendung . . . . .	371
e) Wettbewerbsverfälschung . . . . .	372
f) Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten . . . . .	372
3. Legalausnahmen und Ausnahmen nach Ermessen . . . . .	373
a) Legalausnahmen (Art. 107 Abs. 2 AEUV) . . . . .	373
b) Ausnahmen nach Ermessen (Art. 107 Abs. 3 AEUV) . . . . .	374
4. Verhältnis zu anderen Regelungen des Unionsrechts . . . . .	376
a) Verhältnis des Beihilferechts zu anderen Vertragsregelungen . . . . .	376
b) Beihilferegime und Drittländer . . . . .	377
5. Europäisches Beihilfungsverfahren . . . . .	377
a) Grundlagen . . . . .	377
b) Kontrolle bestehender Beihilfen („repressive“ Kontrolle) . . . . .	378
c) Kontrolle neuer Beihilfen (präventive Kontrolle) . . . . .	379

d) Rechtswidrige Beihilfen und ihre Kontrolle . . . . .	380
e) Rückforderung rechtswidriger Beihilfen . . . . .	380
6. Rechtsschutz . . . . .	381
a) Rechtsschutz für den Beihilfeempfänger . . . . .	381
b) Rechtsschutz für Mitgliedstaat und Kommission . . . . .	382
c) Rechtsschutz für die Konkurrenten . . . . .	382
III. Öffentliche Unternehmen, Daseinsvorsorge und Wettbewerbsordnung	383
1. Das Grundproblem . . . . .	383
2. Grundsätze . . . . .	385
a) Wettbewerbliche Gleichbehandlung öffentlicher und privater Unternehmen . . . . .	385
b) Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (Daseinsvorsorge/Service public) . . . . .	385
c) Insbesondere: Beihilferechtliche Fragen . . . . .	386
3. Praxis der europäischen Liberalisierung bei den Diensten von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse . . . . .	387
a) Telekommunikation (TK) . . . . .	388
b) Post . . . . .	389
c) Sparkassen und Landesbanken . . . . .	389
d) Weitere Bereiche . . . . .	389
IV. Öffentliche Aufträge (Vergabewesen) . . . . .	389
1. Grundlagen . . . . .	390
2. Entwicklung des Sekundärrechts und deutsche Umsetzung . . . . .	391
3. Anwendungsbereich . . . . .	392
4. Kriterien und Verfahren der Auftragsvergabe . . . . .	393
5. Rechtsschutz . . . . .	395
6. Vergabeentscheidungen jenseits des Anwendungsbereichs der Richtlinien . . . . .	396
V. Ausblick . . . . .	396

## 6. Teil. Binnenmarkt I: Warenverkehr und Dienstleistungen

<b>§ 22. Binnenmarkt – Freier Warenverkehr (Classen)</b> . . . . .	398
I. Grundlage: Der Binnenmarkt . . . . .	398
1. Sinn und Zweck der Grundfreiheiten . . . . .	399
2. Adressaten der Grundfreiheiten . . . . .	400
3. Struktur der Prüfung der Grundfreiheiten . . . . .	401
4. Zur Inländerdiskriminierung . . . . .	403
5. Negative und positive Integration . . . . .	403
6. Erfolge und Probleme der Marktintegration . . . . .	403
II. Die Warenverkehrsfreiheit als Kernelement des Binnenmarktes . . . . .	404
1. Ware . . . . .	404
2. Unionswaren und Freiverkehrswaren . . . . .	404
3. Inhalt der Warenverkehrsfreiheit . . . . .	405
4. Die Entwicklung des freien Warenverkehrs seit 1958 . . . . .	405
III. Marktliberalisierung I: Die Zollunion . . . . .	405
1. Abschaffung der Binnenzölle (Art. 28 ff. AEUV) . . . . .	405
2. Abschaffung der Abgaben zollgleicher Wirkung . . . . .	406

IV. Marktliberalisierung II: Verbot mengenmäßiger Beschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 ff. AEUV) . . . . .	407
1. Anwendungsbereich . . . . .	407
2. Verbot mengenmäßiger Beschränkungen . . . . .	407
3. Verbot der Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen (MgW) . . . . .	408
a) Definition der MgW für die Wareneinfuhr durch die „Dassonville“-Formel . . . . .	408
b) Eingrenzungen durch spätere Formeln . . . . .	409
c) MgW bei der Beschränkung der Warenausfuhr . . . . .	410
4. Mögliche Rechtfertigung von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW . . . . .	410
a) Ausnahmen vom Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen und MgW nach Maßgabe von Art. 36 AEUV . . . . .	410
b) Die „Cassis-Doktrin“: Rechtfertigung durch zwingende Erfordernisse des Handelsverkehrs . . . . .	412
V. Nichtdiskriminierende Umformung staatlicher Handelsmonopole . . . . .	413
1. Umformungsgebot . . . . .	413
2. Handels- und Finanzmonopole . . . . .	414
VI. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien Warenverkehrs . . . . .	414
1. Binnenmarktschädliche Aktionen Privater . . . . .	414
2. Rechtsangleichung im Kontext der Warenverkehrsfreiheit . . . . .	415
VII. Ausblick . . . . .	416
<b>§ 23. Energie (Classen) . . . . .</b>	<b>417</b>
I. Grundlagen . . . . .	417
1. Die Bedeutung der Energiepolitik für die europäische Integration . . . . .	417
2. Die Entwicklung der europäischen Energiepolitik . . . . .	418
II. Primärrechtliche Grundlagen und sekundärrechtliche Ausformung der Energiepolitik (ohne Kernenergie) . . . . .	419
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Energiepolitik . . . . .	420
2. Sekundärrechtliche Ausformungen für die einzelnen Energiearten . . . . .	420
a) Bevorratungspolitik . . . . .	420
b) Die leitungsgebundenen Energieträger Erdgas und Elektrizität . . . . .	420
c) Ökologische Aspekte der Energiepolitik . . . . .	421
d) Außenbeziehungen . . . . .	422
III. Das Kernenergieregime von EURATOM . . . . .	423
1. Entwicklung von EURATOM und der Nutzung der Kernenergie in der EU . . . . .	423
2. Grundstruktur des EAG-Vertrages . . . . .	423
3. Aufgaben von EURATOM . . . . .	424
a) Versorgung mit Brennstoffen . . . . .	424
b) Gesundheitsschutz und nukleare Sicherheit . . . . .	424
c) Weiterentwicklung der Kernenergie (Forschung/Gemeinsame Unternehmen) . . . . .	424
IV. Ausblick . . . . .	424

<b>§ 24. Landwirtschaft und Fischerei (Classen)</b> .....	425
I. Landwirtschaft und Fischerei: Administrierter Teil des Binnenmarktes ..	425
1. Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Binnenmarkt .....	425
2. Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik .....	425
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik .....	426
1. Zum Begriff der Landwirtschaft .....	426
2. Inhaltliche Vorgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik .....	427
a) Ziele der Agrarpolitik (Art. 39 AEUV) .....	427
b) Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik .....	427
c) Gemeinsame Agrarpolitik und allgemeine Vertragsregelungen ...	427
3. Die Rechtsgrundlagen der Gemeinsamen Agrarpolitik .....	428
III. Sekundärrechtliche Ausgestaltung der Landwirtschaftspolitik .....	429
1. Die Europäischen Marktordnungen im Bereich der Landwirtschaft ..	429
a) Finanzrelevante Regeln für den Agrarinnenmarkt .....	430
b) Agrarrechtsangleichung .....	430
c) Ergänzende Marktregelungen .....	431
d) Regeln für den Agraraußenhandel .....	431
2. Agrarstrukturpolitik („Entwicklung des ländlichen Raumes“) .....	431
a) Aufgaben und Grundlagen der Agrarstrukturpolitik .....	431
b) Entwicklung der Agrarstrukturpolitik .....	432
c) Stand der Agrarstrukturpolitik .....	432
3. Verwaltung und Finanzierung der Marktordnungen .....	432
a) Agrarverwaltung .....	432
b) Gemeinsame Agrarfinanzierung .....	433
IV. Gemeinsame Fischereipolitik .....	434
1. Tatsächliche Besonderheiten der Gemeinsamen Fischereipolitik ...	434
2. Gemeinsame Fischereipolitik und internationales Seerecht .....	435
3. Entwicklung der Gemeinsamen Fischereipolitik .....	435
4. Stand der Gemeinsamen Fischereipolitik .....	435
a) Erhaltung der Fischbestände .....	435
b) Gemeinsame Marktorganisation für Fischereierzeugnisse .....	436
c) EU-Außenbeziehungen in der Fischereipolitik .....	437
V. Ausblick .....	437
<b>§ 25. Freier Dienstleistungsverkehr (Classen)</b> .....	437
I. Grundlagen: Die Dienstleistungsfreiheit als Teil des Binnenmarktes ...	438
II. Marktliberalisierung im Bereich des Dienstleistungsverkehrs: Die	
Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV) .....	439
1. Anwendungsbereich der Dienstleistungsfreiheit .....	439
a) Dienstleistung .....	439
b) Ausnahmetatbestand: Ausübung öffentlicher Gewalt .....	440
c) Grenzüberschreitung der Dienstleistung .....	440
d) Keine Harmonisierung durch die Union .....	441
e) Personeller Anwendungsbereich .....	441
2. Das Verbot von Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit .....	441
3. Rechtfertigung für Beschränkungen der Dienstleistungsfreiheit ...	443
a) Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	
(Art. 52 AEUV) .....	443

b) Immanente Grenzen der zwingenden Allgemeininteressen . . . . .	443
III. Maßnahmen zur praktischen Verwirklichung des freien	
Dienstleistungsverkehr . . . . .	444
1. Grundlagen . . . . .	444
2. Dienstleistungsrichtlinie . . . . .	445
3. Berufsbezogene Regelungen . . . . .	446
a) Anerkennung von Berufsqualifikationen . . . . .	446
b) Rechtsanwälte und Notare im Besonderen . . . . .	447
4. Entsenderichtlinie . . . . .	448
5. Aufenthaltsrechtliche Begleitrechte . . . . .	448
IV. Ausblick . . . . .	449
<b>§ 26. Verkehr (Classen) . . . . .</b>	<b>449</b>
I. Die Verkehrspolitik im Binnenmarkt . . . . .	449
1. Doppelfunktion des Verkehrs im Binnenmarkt . . . . .	449
2. Entwicklung der Gemeinsamen Verkehrspolitik seit 1958 . . . . .	449
II. Primärrechtliche Grundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik . . . . .	450
1. Inhaltliche Vorgaben für die gemeinsame Verkehrspolitik . . . . .	450
2. Kompetenzgrundlagen der Gemeinsamen Verkehrspolitik . . . . .	451
3. Der Verkehr und die sonstigen Vertragsregeln . . . . .	451
III. Sekundärrechtliche Ausformung der Liberalisierung des Verkehrs . . . . .	452
1. Liberalisierung bei der Erbringung von Verkehrsdienst-	
leistungen . . . . .	453
2. Bereitstellung und Nutzung der Infrastruktur . . . . .	453
3. Personenbezogene Regeln (Fahrerlaubnisse etc.) . . . . .	455
IV. Sekundärrechtliche Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen . . . . .	456
1. Preisregelungen . . . . .	456
2. Beihilfenrecht . . . . .	456
3. Standards für Beschäftigte und Nutzer . . . . .	457
a) Sozialstandards für Beschäftigte . . . . .	457
b) Verbraucherschutz (Fahrgastrechte etc.) . . . . .	457
V. Weitere Maßnahmen . . . . .	458
1. Verkehrssicherheit . . . . .	458
2. Umweltschutz . . . . .	458
3. Institutionelle Regelungen . . . . .	459
VI. Internationale Beziehungen in der Verkehrspolitik . . . . .	459
1. Landverkehr und Binnenschifffahrt . . . . .	459
2. Seeverkehr . . . . .	459
3. Luftverkehr . . . . .	459
VII. Transeuropäische Netze (TEN) . . . . .	460
1. Konzept der Transeuropäischen Netze . . . . .	461
2. System des Titels Transeuropäische Netze . . . . .	461
a) Ziele . . . . .	461
b) Instrumentarium . . . . .	461
c) Finanzierung . . . . .	461
d) Verhältnis der TEN-Politik zu den Sachpolitiken des AEUV . . . . .	462
3. Zur Praxis der TEN-Politik seit 1993 . . . . .	462
a) Verkehr . . . . .	462

b) Telekommunikation .....	462
c) Energie .....	462
VIII. Ausblick: Perspektiven für den Verkehrsbinnenmarkt .....	462

**7. Teil. Binnenmarkt II: Personen, Unternehmen und Soziales**

<b>§ 27. Freizügigkeit der Arbeitnehmer</b> ( <i>Nettesheim</i> ) .....	464
I. Die Bedeutung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Binnenmarkt .....	464
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	466
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten .....	466
2. Vorrangiges Sekundärrecht .....	467
3. Gewährleistungsbereich .....	467
a) Berechtigte der Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	467
b) Sachlicher Anwendungsbereich .....	469
c) Bereichsausnahme nach Art. 45 Abs. 4 AEUV .....	470
d) Räumlicher Geltungsbereich .....	471
e) Adressaten der Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	471
4. Gewährleistungsumfang .....	472
a) Diskriminierungsverbot (Art. 45 Abs. 2 AEUV) .....	473
b) Beschränkungsverbot .....	474
5. Rechtfertigung .....	476
a) Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Gesundheit .....	476
b) Zwingende Gründe des Allgemeininteresses .....	477
III. Verwirklichung der Arbeitnehmerfreizügigkeit .....	478
1. Staatliche Schutzpflichten .....	478
2. Sekundärrechtliche Herstellung der Freizügigkeit .....	478
a) Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer .....	478
b) Die Freizügigkeit der Familienangehörigen .....	479
3. Gleichstellung im Aufenthaltsstaat .....	479
a) Überblick .....	479
b) Soziale Begleitrechte .....	480
c) Der Zugang zur Bildung .....	481
4. Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit .....	481
IV. Ausblick .....	482
 <b>§ 28. Niederlassungsfreiheit</b> ( <i>Nettesheim</i> ) .....	 483
I. Die Bedeutung der Niederlassungsfreiheit im Binnenmarkt .....	483
II. Marktliberalisierung: Die Gewährleistung grenzüberschreitender Mobilität .....	484
1. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten .....	485
2. Vorrangiges Primär- und Sekundärrecht .....	485
3. Gewährleistungsbereich .....	485
a) Berechtigte der Niederlassungsfreiheit .....	486
b) Sachlicher Anwendungsbereich der Niederlassungsfreiheit .....	487
c) Bereichsausnahmen bei Tätigkeiten in Ausübung öffentlicher Gewalt .....	490
d) Räumlicher Geltungsbereich .....	490
e) Adressaten der Niederlassungsfreiheit .....	490

4. Beschränkung der Niederlassungsfreiheit . . . . .	491
5. Schranken der Niederlassungsfreiheit . . . . .	493
a) Art. 52 Abs. 1 AEUV: Grenzen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit . . . . .	493
b) Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe . . . . .	493
III. Begleitrechte der Niederlassungsfreiheit . . . . .	495
IV. Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit . . . . .	495
V. Ausblick . . . . .	497
<b>§ 29. Sozialpolitik und Beschäftigungspolitik (Classen) . . . . .</b>	<b>498</b>
I. Grundlagen: Das „Europäische Sozialmodell“ . . . . .	498
1. Zur Wechselbeziehung von Sozial- und Wirtschaftspolitik . . . . .	499
2. Entwicklung der Europäischen Sozialpolitik seit 1958 . . . . .	499
3. Primärrechtliche Vorgaben im Bereich der Sozialpolitik . . . . .	500
a) Soziale Grundrechte und soziale Aspekte der Grundfreiheiten . . .	500
b) Soziale „Grenzen“ des Wettbewerbs im Binnenmarkt . . . . .	502
II. Sozialpolitische Kompetenzen der EU und ihre Handhabung . . . . .	502
1. Arbeitsrechtliche Harmonisierung (Art. 153 Abs. 1 lit. a)–i) AEUV) . . . . .	502
a) Allgemeines . . . . .	502
b) Arbeitsschutz („Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer“ – Art. 153 Abs. 1 lit. a) AEUV) . . . . .	503
c) Individuelles Arbeitsvertragsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. b) und d) AEUV) . . . . .	503
d) Kollektives Arbeitsrecht (Art. 153 Abs. 1 lit. d), e), f) AEUV) . . .	504
2. Maßnahmen der offenen Koordinierung . . . . .	505
3. Sozialer Dialog . . . . .	505
III. Europäische Beschäftigungspolitik . . . . .	505
IV. Europäischer Sozialfonds (ESF) . . . . .	506
1. Entstehung und Entwicklung des Europäischen Sozialfonds . . . . .	506
2. Tätigkeit des ESF . . . . .	506
V. Ausblick: Soziale Dimension des Binnenmarktes oder Sozialunion? . . . .	507
<b>8. Teil. Binnenmarkt III: Finanzverkehr</b>	
<b>§ 30. Kapital- und Zahlungsverkehr (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>508</b>
I. Grundlagen . . . . .	508
II. Die primärrechtlichen Regelungen des Kapital- und Zahlungsverkehrs . .	509
1. Liberalisierung des Kapitalmarktes . . . . .	510
a) Verhältnis zu den anderen Grundfreiheiten . . . . .	511
b) Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	511
c) Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit . . . . .	512
d) Rechtfertigung von Beschränkungen der Kapitalverkehrsfreiheit . .	513
2. Gewährleistungspflichten . . . . .	515
3. Freiheit des Zahlungsverkehrs . . . . .	515
III. Ausblick . . . . .	516
<b>§ 31. Finanzmärkte (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>516</b>
I. Liberalisierungs- und Harmonisierungsmaßnahmen zur Herstellung des Europäischen Finanzraums . . . . .	518

II. Akteure und Finanzprodukte	518
III. Europäisches Kapitalmarktrecht	520
IV. Rahmenbedingungen	521
V. Ausblick: Vollendung des Europäischen Finanzraums?	522

## 9. Teil. Rechtsharmonisierung und Koordination

### § 32. Grundfragen der Rechtsangleichung und -harmonisierung

<i>(Classen)</i>	524
I. Funktion und Entwicklung der Rechtsharmonisierung in der EU	524
1. Bedeutung und Probleme der Rechtsharmonisierung	524
2. Entwicklung der europäischen Rechtsangleichung	526
II. Rechtsangleichung im Binnenmarkt (Art. 114ff. AEUV)	527
1. Die zentrale Rechtsangleichungsnorm des Art. 114 AEUV	527
a) Voraussetzungen der Rechtsangleichung	527
b) Rechtsfolgen der Rechtsangleichung – nationale Alleingänge	530
2. Weitere Kompetenzen im Kontext des Binnenmarktes	531
a) Rechtsangleichung nach Art. 115 AEUV	531
b) Behandlung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV)	531
c) Rechtstitel zum Schutz geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV)	531
III. Rechtsharmonisierung im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (RFSR; Art. 67ff. AEUV)	531
1. Grundlagen des RFSR	531
2. Inhaltliche Elemente des RFSR	532
3. Sonderregelungen im Bereich des RFSR	533
a) Verfahrensmäßige Sonderregeln	533
b) Sonderstatus des Vereinigten Königreiches, von Irland und von Dänemark	533
IV. Sonstige Kompetenzen im Bereich der Rechtsharmonisierung	534
1. Bereichsspezifische Kompetenzen	534
2. Ergänzende Rechtsharmonisierung nach Art. 352 AEUV	535
V. Instrumente der Rechtsharmonisierung	536
1. Richtlinien und intensivere Formen der Rechtsharmonisierung	536
2. Intensität der Harmonisierung	536
3. Zur Fortentwicklung harmonisierten Rechts	537
4. Richterrechtliche Rechtsangleichung	537
VI. Gegenseitige Anerkennung in Ergänzung und als Alternative zur Rechtsharmonisierung	538
VII. Ausblick: Rechtsangleichung – eine „unendliche Geschichte“	540

### § 33. Umwelt, Gesundheit, Polizei und Ausländer, Datenschutz:

<b>Zur Europäisierung des öffentlichen Rechts</b> <i>(Classen)</i>	540
I. Grundfragen	540
1. Verfassungsrecht	540
2. Verwaltungsrecht	541
a) Grundsatzfragen	541
b) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das allgemeine Verwaltungsrecht	543

c) Bereichsübergreifende Herausforderungen für das Verwaltungsprozessrecht .....	544
II. Umwelt .....	545
1. Die Herausbildung einer europäischen Umweltpolitik .....	545
2. Primärrechtliche Grundlagen der EU-Umweltpolitik .....	546
a) Spezifische Vorgaben für die Umweltpolitik (Art. 191 ff. AEUV) .	546
b) Die Bedeutung der Umweltpolitik für die sonstige Unionspolitik (Art. 11 und 114 Abs. 3 AEUV) .....	547
c) Der Tierschutz in der Unionspolitik (Art. 13 AEUV) .....	547
3. Zuständigkeiten im Bereich der EU-Umweltpolitik .....	548
a) Rechtsetzungskompetenz im Umweltbereich (Art. 192 Abs. 1–3 AEUV) .....	548
b) Die Umweltaußenkompetenz der EU (Art. 191 Abs. 4 AEUV) ..	549
c) Nationale Regelungsspielräume (Art. 193 AEUV) .....	549
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des allgemeinen Umweltrechts	550
5. Die sekundärrechtliche Ausformung des besonderen Umweltrechts ..	551
a) Natur- und Artenschutz .....	551
b) Gewässerschutz .....	552
c) Luftreinhaltung und Klimaschutz .....	553
d) Lärmschutz .....	554
e) Abfall .....	555
f) Gefährliche Stoffe, insbesondere Chemikalien .....	556
g) Biotechnologie und Gentechnik .....	556
h) Produktbezogene Regelungen .....	557
6. Die Beteiligung der EU am internationalen Umweltschutz .....	557
7. Konsequenzen für das deutsche Recht .....	558
III. Gesundheit .....	558
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Gesundheits- politik .....	559
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Gesundheitspolitik ..	559
a) Allgemeines .....	559
b) Apotheken, Krankenhäuser, Krankenkassen und das allgemeine Wirtschaftsrecht .....	560
c) Kompetenzen im Bereich der europäischen Gesundheitspolitik nach Art. 168 AEUV .....	561
d) Sonstige gesundheitsrelevante Zuständigkeiten der EU .....	562
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Gesundheitspolitik .....	562
a) Harmonisierung des Arzneimittel- und Medizinprodukterechts sowie Regelung der Organtransplantation .....	562
b) Die Sicherung der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung .....	563
c) Gesundheitsprogrammatische Aktionen der Unionsorgane .....	564
4. Die sekundärrechtliche Ausformung des Lebensmittelrechts .....	564
IV. Polizei- und Ausländerrecht („Schengen“) .....	565
1. Abbau der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen und Sicherung der Außengrenzen .....	565
2. Die Politik gegenüber Drittstaatsangehörigen .....	566

3. Polizeikooperation .....	569
4. Maßnahmen gegen die Finanzierung von Terrorismus .....	570
V. Datenschutzrecht .....	570
VI. Ausblick .....	572
<b>§ 34. Forschung, Bildung und Sport, Kultur und Rundfunk:</b>	
<b>Zur Europäisierung des Kulturverwaltungsrechts (Classen) .....</b>	<b>572</b>
I. Forschung und Technologische Entwicklung .....	572
1. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Forschungs- und Technologienpolitik .....	572
2. Sekundärrechtliche Ausformung der Europäischen Forschungs- und Technologienpolitik .....	573
3. Exkurs: Europäische Forschungsförderung außerhalb der EU .....	574
4. Die Förderung der Raumfahrt .....	574
II. Bildung und Sport .....	575
1. Entwicklung der europäischen Bildungsaktivitäten .....	575
2. Primärrechtliche Grundlagen der Europäisierung der Bildungspolitik	575
a) Spezifische Kompetenzen für die Bildungspolitik .....	575
b) Allgemeines Diskriminierungsverbot (Art. 18 AEUV) und Freizügigkeitsrecht (Art. 21 AEUV) .....	576
c) Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit (Art. 56, 49 AEUV)	576
d) Bereichsspezifische bildungsrelevante Regelungen .....	576
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Bildungspolitik	577
4. Europäische Bildungspolitik jenseits der Verträge .....	577
a) EU-externe Bildungseinrichtungen .....	577
b) Der Bologna-Prozess und die gegenseitige Anerkennung von Studienzeiten .....	578
5. Europa und der Sport .....	579
a) Der Sport und das europäische Wirtschaftsrecht .....	579
b) Sportpolitische Kompetenzen und Aktivitäten .....	580
III. Kultur .....	580
1. Grundlagen: Die Europäische Integration und die Kultur .....	580
a) „Kultur“ im Zusammenhang der Unionsverträge .....	580
b) Entwicklung des kulturellen Engagements der EU .....	581
2. Die primärrechtlichen Grundlagen der europäischen Kulturpolitik ..	581
a) Zum Kulturbegriff .....	581
b) Die spezifische Kulturkompetenz (Art. 167 AEUV) .....	582
c) Die Kultur und das allgemeine Vertragsrecht .....	582
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Kultur- politik .....	583
a) Spezifisch kulturpolitisch ausgerichtete Akte .....	583
b) Maßnahmen zur Sicherung der Besonderheiten der Kultur im Wirtschaftsleben .....	583
4. Europäische Kulturpolitik außerhalb der EU-Verträge .....	584
IV. EU-Rundfunkordnung .....	584
1. Entwicklung der europäischen Rundfunkordnung .....	584
2. Primärrechtliche Grundlagen der europäischen Rundfunkordnung ..	585
a) Grundfreiheiten .....	585

b) Wettbewerbsrecht . . . . .	585
c) Grundrechte . . . . .	586
3. Europäische Harmonisierung des Rechts der audiovisuellen Medien . . . . .	586
V. Ausblick . . . . .	587
<b>§ 35. Steuern (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>587</b>
I. Grundlagen . . . . .	587
1. Verbot der Steuerdiskriminierung und Kompetenzen zur Steuerharmonisierung . . . . .	589
a) Begrenzte Aufgaben der EU im Steuerbereich . . . . .	589
b) Harmonisierung indirekter Steuern als Schwerpunktbereich . . . . .	589
c) Harmonisierung direkter Steuern vs. Systemwettbewerb . . . . .	590
2. Unionssteuern . . . . .	591
II. Verbot der Steuerdiskriminierung (Art. 110 AEUV) . . . . .	592
1. Die Bedeutung des Diskriminierungsverbots nach Art. 110 AEUV . . . . .	592
a) Sicherung der Wettbewerbsneutralität . . . . .	592
b) Bestimmungslandprinzip und Diskriminierungsverbot . . . . .	593
c) Besteuerung „hinter der Grenze“ und Diskriminierungsverbot . . . . .	593
2. Abgrenzung zu anderen Regelungen des Vertrags . . . . .	594
a) Zollgleiche Abgaben und parafiskalische Abgaben . . . . .	594
b) Maßnahmen im Sinne von Art. 37 AEUV – Handelsmonopole . . . . .	594
c) Beihilfen . . . . .	595
3. Anwendungsvoraussetzungen des Art 110 Abs. 1 AEUV . . . . .	595
a) Abgaben im Sinne von Art. 110 AEUV . . . . .	595
b) Gleichartigkeit der Waren . . . . .	595
c) Vorliegen einer Schlechterstellung . . . . .	595
4. Anwendungsvoraussetzungen des Art. 110 Abs. 2 AEUV . . . . .	596
III. Die Harmonisierung der mitgliedstaatlichen Steuersysteme . . . . .	597
1. Sinn und Grenzen der EU-Steuerharmonisierung . . . . .	597
2. EU-Recht und indirekte Steuern . . . . .	598
3. EU-Recht und direkte Steuern . . . . .	601
a) Kompetenzen . . . . .	601
b) Die Besteuerung der Einkünfte natürlicher Personen . . . . .	602
c) Unternehmensbesteuerung . . . . .	603
4. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen . . . . .	603
IV. Ausblick . . . . .	604
<b>§ 36. Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Gesellschaftsrecht, Kollisions- und Prozessrecht: Zur Europäisierung des Privatrechts (Classen) . . . . .</b>	<b>605</b>
I. Grundsatzfragen . . . . .	605
1. Grundprobleme der Privatrechtsharmonisierung . . . . .	605
2. Gemeinsamer Referenzrahmen . . . . .	606
3. Optionales Vertragsrecht . . . . .	607
II. Verbraucherschutz . . . . .	607
1. Grundlagen und Entwicklung der europäischen Verbraucherschutzpolitik . . . . .	607
2. Grundfragen der europäischen Verbraucherschutzpolitik . . . . .	608

a) Aufgaben des Verbraucherschutzes . . . . .	608
b) Rechtsetzungskompetenzen im Bereich des Verbraucherschutzes (Art. 169 Abs. 2 und 3 AEUV) . . . . .	609
c) Sonstige vertragliche Regelungen zum Verbraucherschutz . . . . .	609
3. Die sekundärrechtliche Ausformung der europäischen Verbraucher- schutzpolitik . . . . .	609
a) Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Verbraucher . . . . .	610
b) Schutz der Wirtschaftsinteressen . . . . .	610
c) Wiedergutmachung von Schäden . . . . .	611
d) Rechtsdurchsetzung . . . . .	611
e) Lauterkeitsrecht . . . . .	611
III. Das geistige Eigentum im Binnenmarkt . . . . .	612
1. Geistiges Eigentum und die materiellen Regeln des Vertragsrechts . . .	612
2. Die Schaffung eines europäischen Rechts des geistigen Eigentums . . .	614
a) Kompetenzrechtliche Grundlagen . . . . .	614
b) Patentrecht . . . . .	614
c) Markenrecht . . . . .	615
d) Geschmacksmuster, Sorten u. ä. . . . .	615
e) Urheberrecht . . . . .	615
f) Rechtsdurchsetzung . . . . .	616
IV. Gesellschafts- und Unternehmensrecht . . . . .	616
1. Grundfragen . . . . .	617
2. Gesellschaftsrechtliche Rechtsangleichung . . . . .	618
3. Europäische juristische Personen . . . . .	618
V. Prozess- und Kollisionsrecht . . . . .	619
1. Verfahrensrecht . . . . .	619
2. Kollisionsrecht . . . . .	622
3. Familien- und Erbrecht . . . . .	623
VI. Ausblick . . . . .	624
<b>§ 37. Zur Europäisierung des Strafrechts (Classen) . . . . .</b>	<b>624</b>
I. Grundlagen der Europäisierung des Strafrechts . . . . .	624
II. Die Angleichung des materiellen Strafrechts (Art. 83 AEUV) . . . . .	626
III. Die Europäisierung des Strafverfahrensrechts . . . . .	627
1. Zum Strafverfahrensrecht i. e. S. (Art. 82 AEUV) . . . . .	627
2. Eurojust und Europäische Staatsanwaltschaft (Art. 86 AEUV) . . . . .	629
IV. Ausblick . . . . .	630

## 10. Teil. Außendimension der Europäischen Union

<b>§ 38. Gemeinsame Außenpolitik: Kompetenzen, Instrumente, Institutionen (Nettesheim) . . . . .</b>	<b>631</b>
I. Die Außenbeziehungen der EU zwischen Integration und Intergouvernementalismus . . . . .	631
II. Grundlagen der auswärtigen Gewalt der EU . . . . .	634
1. Völkerrechtsfähigkeit . . . . .	635
2. Grundlegende Rechtsstellung . . . . .	635
III. Rechtsgrundlagen der EU-Außenbeziehungen . . . . .	636

1. Kompetenzen	636
a) Explizite und implizite Zuständigkeiten	637
b) Ausschließliche Zuständigkeiten	639
c) Geteilte und parallele Außenzuständigkeiten	639
2. Vertragsschließungsverfahren des AEUV (Art. 218 AEUV)	641
a) Allgemeines	641
b) Die Phasen des Vertragsschlusses	642
c) Bindungswirkung der Abkommen (Art. 216 Abs. 2 AEUV)	643
IV. Ausblick	644
<b>§ 39. Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik</b>	
<i>(Nettesheim)</i>	644
I. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	644
1. Die rechtlich/institutionelle Regelung der GASP im EU-Vertrag (Art. 23–41 EUV)	647
2. Institutionelle Struktur der GASP (Art. 26 ff. EUV)	647
a) Der Europäische Rat (Art. 26 EUV)	648
b) Der Rat (Art. 26 Abs. 2 EUV)	648
c) Der Hohe Vertreter (Art. 27 EUV) und der Europäische Auswärtige Dienst	648
d) Die Kommission und das Europäische Parlament	649
e) Sonderbeauftragte (Art. 33 EUV)	650
3. Rechtsinstrumente der GASP (Art. 25 EUV)	650
a) Allgemeine Leitlinien	651
b) Beschlüsse	651
c) Ausbau der systematischen Zusammenarbeit	652
d) Abschluss von Übereinkünften mit Drittstaaten und Internationalen Organisationen (Art. 37 EUV)	652
4. Finanzierung der GASP (Art. 41 EUV)	652
5. Die zwiespältige Rechtsgestalt der GASP	653
II. Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik	653
1. Zwischenschritte auf einem mühsamen Weg	654
2. Institutionelle Strukturen der GSVP	655
a) Übergreifende Strukturen	655
b) Besondere GSVP-Einrichtungen	656
c) Umfeld der GSVP	656
3. Ziele und Aufgaben der GSVP	657
4. Mittel der GSVP	658
a) Militärische Kapazitäten	658
b) Rüstungspolitische Zusammenarbeit	659
c) Zivile Komponente der GSVP	659
5. GSVP und Mitgliedstaaten	659
III. Ausblick	660
<b>§ 40. Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik</b>	
<i>(Nettesheim)</i>	660
I. Die Gemeinsame Handelspolitik als Kernstück der integrierten EU- Außenbeziehungen	661

II.	Die Außendimension der Zollunion	662
1.	Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	662
2.	Zollrechtsangleichung, Zollkodex und Strategien für die Zollunion	663
3.	Zollgleiche Abgaben im Handel mit Drittstaaten	664
III.	Die Gemeinsame Handelspolitik	664
1.	Vertragliche Grundlagen	664
a)	Offenheit und Liberalität	664
b)	Kompetenzumfang	665
c)	Qualität der Kompetenzen	666
d)	Verfahren	668
2.	Überblick über die autonome Handelspolitik	668
a)	Einfuhrregime	668
b)	Ausfuhrregime	669
c)	Handelspolitische Maßnahmen der EU	670
3.	Die vertragliche Handelspolitik: Das Beispiel der WTO-Mitgliedschaft	673
a)	Vom GATT 1947 zur WTO 1994	673
b)	Überblick über das WTO-Recht	674
c)	EU-Mitgliedschaft in der WTO	675
d)	Handelspolitische Bedeutsamkeit der WTO für die EU	677
IV.	EU-Entwicklungspolitik	677
1.	Die Entwicklung der vertraglichen Grundlagen	677
2.	Assoziierung der Überseeischen Länder und Hoheitsgebiete (ÜLG – Art. 198–204 AEUV)	678
3.	Entwicklungspartnerschaft der EU mit den AKP-Staaten („Lomé-Cotonou-Politik“)	679
4.	EU-Entwicklungszusammenarbeit (Art. 208–211 AEUV)	679
V.	Ausblick	679
<b>§ 41.</b>	<b>Europäische Assoziierung – Nachbarschaftspolitik</b> ( <i>Nettesheim</i> )	680
I.	Grundlagen	681
II.	Rechtsgrundlagen der Assoziierung	681
III.	Praxis europäischer Assoziierung	683
IV.	Europäische Nachbarschaftspolitik	684
1.	Grundlagen einer Europäischen Nachbarschaftspolitik	684
2.	Durchführung der ENP	686
<b>§ 42.</b>	<b>Beitritt – Austritt</b> ( <i>Nettesheim</i> )	687
I.	Die Europäische Union innerhalb Gesamteuropas	687
II.	Beitrittskonzept des EU-Vertrages	688
1.	Der Beitritt nach Art. 49 EUV	688
2.	Beitrittsvoraussetzungen	689
a)	Begriff des europäischen Staats	689
b)	Kopenhagener Kriterien	690
3.	Beitrittsverfahren	691
a)	Einleitungsphase	691
b)	Verhandlungsphase	691
c)	Abschlussphase	692

*Inhaltsverzeichnis*

---

4. Wirkungen des Beitritts .....	693
5. Wandlungen der EU durch die Beitritte .....	693
III. Beitrittspraxis .....	693
IV. Weitere Beitrittsperspektiven .....	695
1. Balkanerweiterung .....	695
2. Türkei .....	696
3. EWR-Raum und Schweiz .....	697
V. Austritt aus der Europäischen Union .....	697
VI. Ausblick .....	699
Sachverzeichnis .....	701